münsingen
vielfältig nachhaltig

Antrag Parlament 08.09.2026

Parlamentsbeschluss Nr.	
Laufnummer CMI	7677
Registraturplan	0-1-8
Geschäft	Einfache Anfragen
Ressort	Präsidiales

Stand am: 08.09.2026, 14.00 Uhr

Offene einfache Anfragen aus der Sitzung vom 09.06.2026
Paul Stähli, SVP - Wie wird unser Trinkwasser im Bezug auf die PFAS-Verschmutzung behandelt?
Sachlage
Das Trinkwasserwird weltweit zunehmend unter anderem durch PFAS verunreinigt. Davon ist die Schweiz und damit auch Münsingen konfrontiert.

Fragen
1. Wie stark ist unser Trinkwasser durch PFAS belastet? Gemäss IWM im Bericht vom November 2025 ist PFAS nicht nachweisbar. Dies ist eine Momentaufnahme, abhängig von der Jahreszeit und der eingebrachten Wassermenge. Wie oft wird das Trinkwasser analysiert?
2. Was unternehmen die IWM gegen diese Verschmutzung?
3. Ist eine Zusammenarbeit zu diesem Thema mit anderen Gemeinden/Gemeindeverbänden aktiv oder geplant? Primär mit den Trinkwasserversorger im Seeland.

Schriftliche Stellungnahme von Gemeindepräsidentin Stefanie Feller und Urs Wälchli, Geschäftsführer IWM
In der Anfrage vom 04.11.2025 wurde festgehalten, dass die bisherigen Untersuchungen keine relevante Belastung des Trinkwassers mit PFAS zeigen und sämtliche aktuell geltenden gesetzlichen Anforderungen eingehalten werden. Auch im Hinblick auf die erwarteten neuen Höchstwerte, die sich voraussichtlich an den EU-Vorgaben von 0,1 µg/l für die Summe von 20 PFAS und 0,02 µg/l für die Summe von 4 PFAS orientieren werden, lagen die in Münsingen gemessenen Werte deutlich darunter.

In diesem Jahr wurde im Juni eine weitere Trinkwasseruntersuchung durchgeführt. Die aktuellen Messwerte sowie die jeweils gültigen Höchstwerte sind nachfolgend aufgeführt und werden zudem auf der Webseite der InfraWerkeMünsingen laufend publiziert: https://www.inframuensingen.ch/versorgung/wasserversorgung

Die Ortsteile Trimstein und Tägertschi werden durch die Wasserversorgung Kiesental (WAKI) versorg diese Messwerte wurden bereits angefordert, liegen aber noch nicht vor.

Ergänzung der Untersuchungsergebnisse zum «Antrag Parlament 04.11.2025» mit den Werten 2026
Die Messung war am 23.06.2026

Tabelle 1: Trinkwasseruntersuchung PFAS im Juni 2026

Untersuchungskriterien	Höchstwert für Trinkwasser gem. TBDV	Hoch-zone	Dorf-zone	Täge-rtschi	Trim-stein	Kessel-au	Ein-heit	Bestim-mungsgrenze
Trifluoressigsäure TFA	Aktuell keine	0.85	0.48	Noch keine Angaben erhalten	Noch keine Angaben erhalten	1.3	µg/l	0.2
Trifuormethansulfonsäure TFMS	Aktuell keine	keine	keine			0.017	µg/l	0.050
Perfluorbutansäure PFBA	Aktuell keine	<0.001	<0.001			<0.005	µg/l	0.001
Perfluorbutansulfonsäure PFBS	Aktuell keine	<0.001	<0.001			0.0013	µg/l	0.001
Perfluorhexansulfonsäure PFHxS	Höchstwert: 0.30	<0.001	<0.001			<0.001	µg/l	0.001
Perfluornonansäure PFNA	Aktuell keine	<0.001	<0.001			<0.001	µg/l	0.001
Perfluoroctansäure PFOA	Höchstwert: 0.50	<0.001	<0.001			<0.002	µg/l	0.001
Perfluoroctansulfonsäure PFOS	Höchstwert: 0.30	<0.001	<0.001			<0.001	µg/l	0.001

Die Kesselau ist eine ehemalige Grundwasserfassung der Wasserversorgung Münsingen und wird heute nicht mehr für die reguläre Trinkwasserversorgung genutzt. Der Kanton Bern betreibt ein Grundwassermonitoring, um die Entwicklung der Grundwasserqualität zu überwachen und mögliche Belastungen frühzeitig zu erkennen. Die Grundwasserfassung Kesselau ist Teil dieses Monitorings. Im Rahmen dieser Überwachung führt der Kanton dort ein- bis dreimal pro Jahr Untersuchungen auf PFAS durch.
Das Wasser aus der Kesselau wird nicht als Trinkwasser verwendet!
Lediglich im Fall einer schweren Störung der Trinkwasserversorgung könnte die Fassung allenfalls als Notversorgung genutzt werden. Eine solche Nutzung wäre jedoch nur nach vorgängiger Rücksprache und Freigabe durch das Kantonale Labor und das Amt für Wasser und Abfall (AWA) möglich. Zudem müssten für eine Einspeisung in das Trinkwassernetz zuerst entsprechende Verbindungsstücke eingebaut werden.

Die Ortsteile Tägertschi und Trimstein werden mit Trinkwasser des Wasserverbunds Kiesental AG (WAKI) versorgt. Die Untersuchungen auf PFAS werden durch den WAKI durchgeführt und erfolgen in der Regel ein- bis zweimal pro Jahr. Die aktuellen Messwerte wurden beim WAKI angefragt, liegen derzeit jedoch noch nicht vor.

Tabelle 2: Summe der Trinkwasseruntersuchung PFAS im Juni 2026

Summe der PFAS	Höchstwert für Trinkwasser gem. TBDV	Hoch-zone	Dorf-zone	Täge-rtschi	Trim-stein	Kess-elau	Ein-heit	Bestimmu-ngsgrenze
Summe 2025 (9 Werte)	Aktuell keine	<0.001	<0.001	<0.001	<0.001	<0.001	µg/l	0.001
Summe 2026 (35 Werte)	Aktuell keine	<0.001	<0.001	Noch keine Angaben erhalten		0.0013	µg/l	0.001

Aktuell gibt es keine Summen Höchstwerte.
Zurzeit läuft die Vernehmlassung zu den neuen Höchstwerten bis am 18.09.2026, es gibt voraussichtlich folgende neue Höchstwerte, zwei Summenbarometer (PFAS-20, 0.1 µg/l und PFAS-4, 0.02 µg/l). Diese werden voraussichtlich mit einer Übergangsregelung von 3 Jahren in Kraft treten.

Beurteilung der vorliegenden Messwerte der Trinkwasserversorgung Münsingen. Die Versorgungsgebiete Trimstein und Tägertschi werden in der Beurteilung nicht berücksichtigt, da für diese Gebiete derzeit noch keine Messwerte vorliegen.

Die Untersuchungen zeigen keine relevante Belastung des Trinkwassers mit PFAS. Die aktuell gesetzlich geregelten PFAS liegen deutlich unter den geltenden Höchstwerten beziehungsweise unterhalb der analytischen Bestimmungsgrenzen.

TFA wurde in Konzentrationen von 0,48 bis 0,85 µg/l nachgewiesen. Für TFA besteht derzeit kein gesetzlicher Höchstwert. Die gemessenen Konzentrationen sind nach heutigem Kenntnisstand tief und nicht gesundheitlich kritisch. Die weitere Entwicklung wird im Rahmen der regelmässigen Trinkwasser-untersuchungen durch die IWM laufend überwacht.

Frage 1 «Wie wird unser Trinkwasser im Bezug auf die PFAS-Verschmutzung behandelt?»
Eine Behandlung des Trinkwassers zur Entfernung von PFAS ist derzeit nicht erforderlich.
Die aktuell geltenden gesetzlichen Anforderungen für PFAS im Trinkwasser werden eingehalten. Zu-dem zeigen die vorliegenden Untersuchungsergebnisse, dass auch die im Rahmen der laufenden Vernehmlassung vorgesehenen neuen Höchstwerte eingehalten werden können.
Die Vernehmlassung zu den neuen Höchstwerten läuft bis zum 18.09.2026. Vorgesehen sind unter anderem folgende Summenhöchstwerte:

- PFAS-20: 0,1 µg/l
- PFAS-4: 0,02 µg/l

Für die Umsetzung der neuen Anforderungen ist gemäss aktuellem Stand eine Übergangsfrist von drei Jahren vorgesehen. Aufgrund der vorliegenden Messwerte besteht derzeit keine relevante PFAS-Belastung des Trinkwassers. Eine zusätzliche Aufbereitung oder Behandlung des Trinkwassers in Bezug auf PFAS ist deshalb nicht notwendig. Die Entwicklung wird im Rahmen der regelmässigen Trinkwasseruntersuchungen weiterhin überwacht.

Frage 2 «Wie stark ist unser Trinkwasser durch PFAS belastet?»
Die bisherigen Untersuchungen zeigen keine relevante Belastung des Trinkwassers mit PFAS. Die gemessenen Werte liegen deutlich unter den aktuell geltenden sowie den vorgesehenen neuen Höchstwerten.

Frage 3 «Wie oft wird das Trinkwasser analysiert?»
Die Untersuchungen auf PFAS wurden in den vergangenen Jahren schrittweise ausgebaut:

- 2023: Eine Untersuchung am 25.04.2023 im Rahmen einer schweizweiten Messkampagne der Kantone. Untersucht wurde das Grundwasser der Dorfzone.
- 2024: Zwei Untersuchungen: am 29.05.2024 im Rahmen der jährlichen Spezialuntersuchung der Grundwasserfassung Dorfzone sowie am 17.06.2024 im Rahmen einer Messkampagne von AQUABERN. Dabei wurden das Grundwasser der Dorfzone und das Quellwasser der Hochzone untersucht.
- 2025: Drei Untersuchungen: am 20.05.2025 im Rahmen der Spezialuntersuchung, am 02.07.2025 eine zusätzliche Untersuchung sämtlicher Versorgungsgebiete sowie am 20.10.2025 im Rahmen einer AQUABERN-Messkampagne.
- 2026: Zwei Untersuchungen sind vorgesehen. Die erste fand am 23.06.2026 im Rahmen der AQUABERN-Messkampagne statt. Eine weitere Untersuchung erfolgt im Rahmen der jährlichen Spezialuntersuchung der Grundwasserfassung Dorfzone.

Damit wird das Trinkwasser heute regelmässig auf PFAS untersucht. Je nach Versorgungsgebiet und Untersuchungsprogramm erfolgen ein bis mehrere Analysen pro Jahr.

Ortsteile Tägertschi und Trimstein
Das Trinkwasser für die Ortsteile Tägertschi und Trimstein wird vom Wasserverbund Kiesental AG (WAKI) bezogen. Der WAKI untersucht das Trinkwasser ebenfalls regelmässig auf PFAS, in der Regel ein- bis zweimal pro Jahr.

Ehemalige Grundwasserfassung Kesselau
Die ehemalige Grundwasserfassung Kesselau ist Bestandteil des Grundwassermonitorings des Kan-tons Bern. Im Rahmen dieses Monitorings führt der Kanton ein- bis dreimal pro Jahr Untersuchungen auf PFAS durch. Das Wasser aus dieser Fassung wird im normalen Betrieb nicht als Trinkwasser genutzt.

Das Trinkwasser wird regelmässig an verschiedenen Stellen auf PFAS untersucht. Die IWM führt ein- bis zweimal pro Jahr eigene Untersuchungen durch. Ergänzend erfolgen Messungen durch den Kanton,

AQUABERN und den WAKI. Aufgrund der bisher sehr tiefen beziehungsweise nicht nachweisbaren Werte ist dieser Untersuchungsrhythmus ausreichend.

Frage 4 «Was unternehmen die IWM gegen diese Verschmutzung?»
Die bisherigen Untersuchungen zeigen keine relevante PFAS-Belastung des Trinkwassers. Daher sind derzeit keine zusätzlichen Massnahmen zur Entfernung von PFAS erforderlich. Die IWM führt die regelmässigen Untersuchungen und das Monitoring weiterhin fort.

Frage 5 «Ist eine Zusammenarbeit zu diesem Thema mit anderen Gemeinden/Gemeindeverbänden aktiv oder geplant? Primär mit den Trinkwasserversorger im Seeland»
Die IWM arbeitet bereits heute eng mit anderen Wasserversorgungen zusammen. Über den Verein AQUABERN findet ein regelmässiger fachlicher Austausch mit den Wasserversorgungen von Bern und Umgebung statt, insbesondere zu den Themen Versorgungssicherheit und Trinkwasserqualität. Die Untersuchungsergebnisse werden dabei auch dem Kanton (AWA) zur Verfügung gestellt.
Über das AWA, den Fachverband SVGW und AQUABERN fliessen zudem Erkenntnisse und Erfahrungen aus anderen Regionen des Kantons und der Schweiz, einschliesslich des Seelands, in den fachlichen Austausch ein.
Eine zusätzliche direkte Zusammenarbeit mit Trinkwasserversorgungen im Seeland ist derzeit nicht vorgesehen, da sich die regionalen Ausgangslagen und Herausforderungen teilweise unterscheiden. Relevante Erkenntnisse und Entwicklungen werden über die bestehenden Fach- und Behördenkanäle laufend ausgetauscht und bei Bedarf in die Beurteilung der IWM einbezogen.

Neue einfache Anfragen

Pascal Seemann, SVP – Raserei auf Bernstrasse und Thunstrasse
Seit der Fertigstellung der Sanierung Ortsdurchfahrt gilt auf der Bernstrasse und der Thunstrasse Tempo 30. Allerdings fahren immer noch sehr viele Fahrzeuge teils 50–60 km/h. Vor allem nachts hält sich kaum jemand an die Geschwindigkeitsbegrenzung. Da die Strasse nicht der Gemeinde, sondern dem Kanton Bern gehört, stellen sich folgende Fragen:

- Welche Möglichkeiten hat die Gemeinde, um den Kanton aufzufordern das er überprüft, dass die Verkehrssicherheit jederzeit gegeben ist? Die Ortsdurchfahrt ist schliesslich auch ein Schulweg.
- Ist die Signalisierung ausreichend?
- Können die Tempo 30 Markierungen am Boden besser sichtbar gemacht werden (grössere Zahlen, farbig)?

Schriftliche Stellungnahme von Susanne Bähler, Ressortvorsteherin Infrastruktur
Die Sanierung der Ortsdurchfahrt Münsingen ist mit dem Neubau der Rossbodenstrasse (ESN Münsingen) und der Verlegung der Industriestrasse Bestandteil der Verkehrslösung Münsingen.
Bereits im Jahr 2016 fand ein Monitoring der Verkehrssituation Münsingen in Zusammenarbeit Kanton und Gemeinde zur Bestandsaufnahme und Festlegung der zu erreichenden Ziele statt. Nach der Fertigstellung der ESN 2023 und der Fertigstellung der Sanierung Ortsdurchfahrt auf den Abschnitten Bernstrasse, Zentrum und Thunstrasse wurde in der Zeit vom 14. bis 21. März 2026 eine erneute Verkehrserhebung der Gesamtsituation durchgeführt. Beurteilt wurden anhand genau gemessener Daten und lokaler Videoaufnahmen die Verkehrssicherheit, der Verkehrsfluss, die Verkehrsmengen, die Einbindung des ÖV, das Querungsverhalten, die Schulwegsicherheit und weitere Aspekte in einer Wirkungskontrolle. Das Gemeinschaftsprojekt von Kanton und Gemeinde Münsingen ist derzeit in der Auswertungsphase. Der konkrete Abschlussbericht wird gegen Ende Jahr vorliegen und dann auch kommuniziert. Zudem hat der Kanton vor einigen Wochen Geschwindigkeitsmessungen auf der Bernstrasse durchgeführt. Die entsprechenden Ergebnisse liegen derzeit noch nicht vor. Die Signalisation und Markierung der Tempo-30-Zone sind vorschriftsgemäss angebracht.

Dieter Blatt, EVP - Temporäre Begrünung, Beschattung und Sitzmöglichkeiten am Busbahnhof
An der Parlamentssitzung vom 4. resp. 6. November 2025 wurde die überparteiliche Richtlinienmotion «Temporäre Begrünung, Beschattung und Sitzmöglichkeiten am Busbahnhof» (RM2513) praktisch einstimmig erheblich erklärt und an den Gemeinderat zur weiteren Bearbeitung überwiesen. Neun Monate und einen heissen Sommer später sind die Menschen, welche auf einen Bus warten, nach wie vor der prallen Sonne resp. dem Regen ausgesetzt, Sitzgelegenheiten sind weiterhin rar und der Platz heizt sich im Sommer enorm auf.
Fragen:

1. Was ist seit der Überweisung des Postulats im November 2026 unternommen worden?
2. Welche konkreten Massnahmen sind nun geplant?
3. Wann werden diese Massnahmen beim Bushof umgesetzt sein?

Schriftliche Stellungnahme von Susanne Bähler, Ressortvorsteherin Infrastruktur

1. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die Aufenthaltsqualität am Bushof insbesondere an heissen Sommertagen sowie bei Regen weiterhin unbefriedigend ist, und nimmt das Anliegen der Richtlinienmotion ernst.
   Seit der Überweisung wurden verschiedene Möglichkeiten zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität geprüft. Dabei sind insbesondere die betrieblichen und sicherheitstechnischen Anforderungen im unmittelbaren Umfeld der Bahnanlagen, die laufende Planung des Bahnhofperimeters sowie die Verhältnismässigkeit einer temporären Lösung zu berücksichtigen. Bereits bei der Behandlung der Richtlinienmotion wurde festgehalten, dass eine Lösung einfach umsetzbar, ausreichend gesichert und kostengünstig sein soll.
2. Die geprüften Möglichkeiten sind zum heutigen Zeitpunkt noch nicht abschliessend geklärt. Um keine Erwartungen an Varianten zu wecken, deren Umsetzbarkeit noch offen ist, wird auf die Nennung einzelner Massnahmen verzichtet.
3. Zum heutigen Zeitpunkt kann noch kein verbindlicher Umsetzungstermin genannt werden. Dieser hängt vom Ergebnis der laufenden Abklärungen und der Abstimmung mit der Planung des Bahnhofperimeters ab

Linus Schärer, SP - öffentlichen Bekanntmachung Erlass einer Planungszone Thalmatt Tägertschi
An der Sitzung vom 09.11.2021 lehnte das Münsinger Parlament die Umzonung der Parzellen 141, 150 und 177 in die ZPP (Zone mit Planungspflicht) «Thalmatt» ab. Die Abstimmung erfolgte im Rahmen der Ortsplanungsrevision «Münsingen 2030». Weil gegen diesen Entscheid kein Volksreferendum ergriffen wurde, galt er als definitiv.
Gemäss Gemeindewebseite unterliegt die Ortsplanung der Planbeständigkeit. Dies bedeutet, dass während mindestens fünf Jahren keine Einzonungsbegehren behandelt werden.
Im Anzeiger Konolfingen als offizielles Publikationsorgan der Gemeinde Münsingen stand in der Ausgabe Nr. 27 vom 02.07.2026 unter dem Titel «öffentliche Bekanntmachung zum Erlass einer Planungszone nach Art. 27 RPG und Art. 62ff BauG Thalmatt Tägertschi» Folgendes:
Der Gemeinderat von Münsingen hat gestützt auf Art. 27 des Bundesgesetzes über die Raumplanung vom 24.06.2026 und Art. 62ff des Baugesetzes vom 09.06.1985 beschlossen, das Gebiet Thalmatt Tägertschi in der Wohn- und Arbeitszone gemäss Grundordnung Tägertschi 02.11.2001, Grundstücke Münsingen 3 (Tägertschi) Gbbl.-Nrn 141, 150 und 177 mit sofortiger Wirkung mit einer Planungszone zu belegen. Mit der Planungszone wird für den bezeichneten Perimeter die Überprüfung der Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften im Hinblick auf eine ortsverträgliche Nutzung und die Anpassung an die Messweisen nach BMBV bezweckt.
Die Planungszone wird für die Dauer von zwei Jahren bestimmt. Während der Geltungsdauer darf in dem von der Planung betroffenen Gebiet nichts unternommen werden, das den Planungszweck beeinträchtigen könnte.
Gemäss Auskunft der Abteilung Bau vom 12.08.2026 sind keine Einsprachen während der 30-tägigen Frist eingegangen. Somit ist die Planungszone «Thalmatt Tägertschi» in Kraft getreten.

In Anbetracht des erwähnten ablehnenden Entscheids des Parlaments 2021 stellen sich aktuell folgende Fragen:

- Was will der Gemeinderat mit dem Erlass der Planungszone genau bezwecken? Warum tut er dies zum aktuellen Zeitpunkt?
- Hat der Gemeinderat bereits Ideen, in welche Richtung die Nutzung und Gestaltung gehen könnte? Welche Grundsätze sind ihm dabei wichtig?
- Hat der Gemeinderat die Voten im Vorfeld der Abstimmung zu besagtem Geschäft im Parlament vom 09.11.2021 analysiert? Haben sich die Eigentumsverhältnisse der ZPP Thalmatt geändert? Falls ja, wann genau?
- Gibt es Investoren, welche bei der Gemeinde für den Perimeter Thalmatt angeklopft und ihr Interesse angemeldet haben? Falls ja, was ist deren (grobe) Absicht?
- Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass die Einbindung der Bevölkerung (insbesondere des Ortsteils Tägertschi) gewährleistet ist und ein erneuter Versuch einer Umzonung die Unterstützung von Parlament und Einwohner/innen findet?

⇨ Beantwortung durch Stefanie Feller, Gemeindepräsidentin, erfolgt direkt an der Sitzung

Michael Fahrni, FDP - Publibike
Bekanntlich ist Münsingen für die Jahre 2026-2029 mit jährlichen Kosten für die Gemeinde von CHF 7'500.00 am Veloverleih-System Publibike in Münsingen beteiligt. Nun wurde Publibike an englische Investoren verkauft. Zudem liest man in den Medien von grösseren Service-Problemen mit Publibike in der Stadt Bern.
Meine Anfrage dazu:
- Wie sind die bisherigen Erfahrungen in Münsingen (Service, Nutzerzahlen)?
- Bestehen in der aktuellen Vereinbarungen Möglichkeiten zum vorzeitigen Ausstieg (sofern Nutzung, Service nicht genügend wären)?
- Wie sind die Erfahrungen der mitfinanzierenden KMU (wie z.B. USM, Biral)?
- Ist übers Jahr 2029 hinaus mit einer finanziellen Beteiligung der Gemeinde Münsingen zu rechnen?
- Hat das Parlament hierbei auch ein Wort mitzureden?

Schriftliche Stellungnahme von Susanne Bähler, Ressortvorsteherin Infrastruktur
Wie sind die bisherigen Erfahrungen in Münsingen (Service, Nutzerzahlen)?
Der Service der Gesamtdienstleiterin (GD) PubliBike AG, war im ersten Halbjahr im gesamten Velo-Verleih-System (VVS 2026+) in der Velo-Region-Bern (VRB) mangelhaft. Die regionale Ausgleichslogistik war unbefriedigend, auch in Münsingen. Die in der Jahresvereinbarung mit der PubliBike AG verbindlich definierten KPI's (Schlüsselfaktoren) wurden in der gesamten Velo-Region-Bern nur zum Teil erreicht. Münsingen ist mit den anderen am System beteiligten Gemeinden, als Mitglied der regionalen Steuergruppe, im ständigen Austausch mit allen Partnern. Die Mängel wurden von der Leitgemeinde Stadt Bern direkt und ebenfalls von der regionalen Steuergruppe bei PubliBike gemeldet. Die Projektleitung von Münsingen hat in Absprache mit der Stadt Bern, ebenfalls direkt bei der PubliBike AG ihre Unzufriedenheit ausgedrückt und ultimativ eine Verbesserung der Situation eingefordert. Die GD hat reagiert und die Zusammenarbeit mit der Leafer GmbH, welche im ersten Halbjahr mit der Ausgleichs- und Akkulogistik beauftragt war, beendet. Seit dem 01. Juli ist die PubliBike AG selber u.a. auch für die Logistik zuständig. Seitdem hat sich die Situation markant verbessert. Es stehen mehr fahrbereite Fahrzeuge an den Ausleihstationen zur Verfügung. Mittlerweile werden auch die KPI's mehrheitlich erreicht oder gar übertroffen. Das System wird laufend verbessert und weiterentwickelt.
Hier ein paar Zahlen aus der aktuellen Statistik (für den Monat August 2026):
Gesamtnetz
Anzahl Stationen im Gesamtnetz 321
Anzahl Fahrzeuge im Gesamtnetz 3'077
Anzahl aktiv Nutzende im Gesamtnetz 22'742
Anzahl Fahrten im Gesamtnetz 217'957

Münsingen
Anzahl Stationen in Münsingen 5
Ø Anzahl Fahrzeuge in Münsingen 26

Anzahl aktiv Nutzende Münsingen	155
Anzahl Fahrten mit Start in Münsingen	395
Anzahl Fahrten mit Ende in Münsingen	410

Bestehen in der aktuellen Vereinbarungen Möglichkeiten zum vorzeitigen Ausstieg (sofern Nutzung, Service nicht genügend wären)?
Das umfangreiche Vertragswerk «Leistungsvertrag» der Leitgemeinde Bern, welches von allen beteiligten Gemeinde mitunterzeichnet wurde, sieht im Art. 66 «Vorzeitige Auflösung» vor, dass der Vertrag beim Vorliegen von wichtigen Gründen auch vorzeitig aufgekündigt werden könnte.

Wie sind die Erfahrungen der mitfinanzierenden KMU (wie z.B. USM, Biral)?
Bisher sind die Rückmeldungen der mitbeteiligten Firmenpartner neutral bis positiv.

- Biral AG mit dem Firmenstandort «Südstrasse Biral AG» (Rückmeldung positiv -> die Firma prüft gerade die Einführung der Option Mitarbeitermobilität – direkter Vertrag mit PubliBike zur kostenlosen, resp. vergünstigten Nutzung der Leihvelos)
- WBS AG mit dem Firmenstandort «Schwand» (Rückmeldung sehr positiv)
- UPZ AG (ehemals PZM AG) mit dem Firmenstandort «UPZ» (Rückmeldung neutral -> der Standort wurde am 05.08.2026 in Betrieb genommen)
- Die Firma USM ist bisher (noch) nicht Firmenpartnerin im System.

Ist übers Jahr 2029 hinaus mit einer finanziellen Beteiligung der Gemeinde Münsingen zu rechnen?
Im Leistungsvertrag für das VVS 2026+ ist eine vierjährige Betriebsdauer vom 16.01.2026 bis zum 15.01.2030 definiert. Die Gemeinden und damit auch die Gemeinde Münsingen haben das Recht, die Betriebsdauer einseitig einmal um weitere vier Jahre zu verlängern, d.h. voraussichtlich bis zum 15.01.2034. Dieses Recht steht unter dem Vorbehalt, dass auch die Stadt Bern ihren Vertrag mit der GDL um weitere vier Jahre verlängert. Mit Gemeinderatsbeschluss 211/2024 vom 30.10.2024 hat der Gemeinderat den Investitionskredit für den Aufbau der Stationen sowie den Kredit für den Betrieb von 2026 – 2029 beschlossen. Eine Verlängerung um weitere vier Jahre wird im Verlauf des Projekts auf der Basis der gemachten Erfahrungen und Erkenntnisse geprüft. Eine Verlängerung liegt in der Finanzkompetenz des Gemeinderats und muss von diesem erneut beschlossen werden. Die Rückmeldung dazu muss 18 Monate vor einer allfälligen Vertragsverlängerung bei der GDL eingereicht werden.

Hat das Parlament hierbei auch ein Wort mitzureden?
Nein.

Martin Schütz, SP - Lehren aus dem Extremsommer – Hitzeschutz in Schulen und Alterszentren
Der vergangene Extremsommer hat gezeigt, dass langandauernde Hitzewellen insbesondere Schulen und Alterszentren vor grosse Herausforderungen stellen. Um für zukünftige extreme Sommer vorbereitet zu sein, bitte ich den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie haben sich die Hitzewellen auf den Schulalltag sowie auf den Betrieb in den Alterszentren mit Gemeindebeteiligung ausgewirkt?
- Welche konkreten Problemlagen wurden dabei festgestellt?
- Welche Massnahmen werden bis zum nächsten Sommer umgesetzt und welche langfristigen Anpassungen werden geprüft?

Schriftliche Stellungnahme von Thekla Huber, Ressortvorsteherin Bildung

- Die langanhaltenden Hitzeperioden waren auch an den Schulen der Gemeinde Münsingen deutlich spürbar. Insbesondere in einzelnen Schulzimmern in allen Standorten stiegen die Raumtemperaturen über mehrere Tage stark an. Dies führte dazu, dass konzentriertes Arbeiten für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen teilweise erheblich erschwert war. Der Unterricht konnte grundsätzlich aufrechterhalten werden, die hohen Temperaturen stellten jedoch für alle Beteiligten eine zusätzliche Belastung dar.

- Die Situation zeigte, dass sich insbesondere Räume mit starker Sonneneinstrahlung und eingeschränkten Möglichkeiten zur nächtlichen oder frühmorgendlichen Auskühlung stark aufheizen können. Je nach Gebäude, Lage und Raum bestehen dabei deutliche Unterschiede. Die Hitzeproblematik betrifft deshalb nicht alle Schulräume im gleichen Ausmass.
  Die Abteilungen Bildung, Kultur und Sport sowie der Bereich Liegenschaften haben die Situation gemeinsam aufgenommen und mögliche Verbesserungen besprochen.
- Kurzfristig stehen insbesondere betriebliche und organisatorische Massnahmen im Vordergrund. Dazu gehören ein möglichst wirksames Lüftungs- und Beschattungsmanagement sowie die gezielte Nutzung kühlerer Räume und Bereiche, soweit dies betrieblich möglich ist. Auch geprüft werden abdunkelnde Folien für exponierte Scheiben.
  Parallel dazu prüfen die zuständigen Abteilungen, bei welchen besonders betroffenen Räumen zusätzliche technische oder bauliche Massnahmen sinnvoll und verhältnismässig sind. Dabei sollen sowohl kurzfristig realisierbare Verbesserungen als auch längerfristige Lösungen im Rahmen des Gebäudeunterhalts und künftiger Sanierungen betrachtet werden.
  Die Erfahrungen des vergangenen Sommers werden gezielt genutzt, um den Hitzeschutz an den Schulstandorten schrittweise zu verbessern.

Ergänzende Stellungnahme von Gemeindepräsidentin Stefanie Feller zu den Alterszentren
Die Gemeinde Münsingen ist nur bei einer Alterseinrichtung als Aktionärin beteiligt, dies allerdings nur in Form einer Minderheitsbeteiligung. Die operativen Entscheide liegen vollständig bei den entsprechenden Alterseinrichtungen und ihren Organen. Wir werden durch unsere Vertretungen in den Gremien entsprechende Vorschläge zur Vorsorge einbringen.

Nadine Tschanz, Grüne – Abgabe von Mineralwasser an Infoanlässen der Gemeinde
Bei den beiden letzten Infoanlässen durch den Gemeinderat, die ich besuchte, wurden Mineralwasserflaschen der Marke „Fonte Tavina“, produziert in der Emilia Romagna (I), abgegeben. Ich liebe zwar Italien, denke aber, dass die Transportwege für Schweizer Wasser viel kürzer und dadurch umweltverträglicher wären. Zudem bleibt der Steuerfranken in der Schweiz. Wer ist für den Einkauf des Wassers verantwortlich? Könnte man nicht auf Schweizer Wasser wechseln?

Schriftliche Stellungnahme von Gemeindepräsidentin Stefanie Feller
Die Mineralwasserflaschen wurden kurzfristig durch eine mitarbeitende Person der Verwaltung besorgt. Es besteht eine interne Weisung zum Gebäude- und Materialstandard, welche vorschreibt, dass bei Speisen und Getränken, welche durch die Gemeinde offeriert werden, auf eine regionale und saisonale Herkunft zu achten ist. Diesem Umstand wurde hier zu Gunsten von Kosten und Effizienz zu wenig Rechnung getragen. Es wird darauf geachtet, dass die Weisung künftig eingehalten wird.

Camille Girod, SP – Vorbereitung auf zukünftige Schadstoffbelastungen unseres Trinkwassers aufgrund klimatischer Extremereignisse
Sachlage
In der kürzlich beantworteten offenen einfachen Anfrage wurde die PFAS-Situation im Trinkwasser von Münsingen erläutert. Schadstoffe im Trinkwasser können jedoch vielfältig sein und ihre Konzentration hängt oft von saisonalen Faktoren wie Trockenheit, Wasserknappheit oder veränderten Zuflüssen ab. Angesichts zunehmender klimatischer Extremereignisse stellt sich die Frage, wie gut die Gemeinde und die IWM auf mögliche zukünftige Belastungen durch Schadstoffe allgemein vorbereitet sind.
Fragen
- Monitoring: Wie häufig wird das Trinkwasser auf verschiedene Schadstoffe untersucht, und werden die Intervalle in Trockenperioden angepasst?
- Vorsorgeplanung: Welche Massnahmen sind geplant, um auf Situationen vorbereitet zu sein, in denen Schadstoffkonzentrationen aufgrund geringerer Wassermengen Grenzwerte überschreiten könnten?
- Aktionsplan: Existiert ein Aktions- oder Notfallplan mit evaluierten technischen und organisatorischen Massnahmen, um die Wasserversorgung auch bei erhöhten Schadstoffwerten sicherzustellen?

- Kommunikation: Wie wird die Bevölkerung über Schadstoffrisiken und Messresultate informiert?

    ⇨ Beantwortung durch Gemeindepräsidentin Stefanie Feller erfolgt bis zur nächsten Sitzung

Dieter Blatt, EVP – Schliessung BLS-Reisezentrum
Bis 2030 will die BLS das Reisezentrum Münsingen schliessen.

1. Wurde die Gemeinde Münsingen über die Schliessung informiert?
2. Welche Möglichkeiten gibt es für die Gemeinde, die Schliessung zu verhindern?
3. Was gedenkt der Gemeinderat gegen die Schliessung zu unternehmen?

    ⇨ Beantwortung durch Stefanie Feller, Gemeindepräsidentin, erfolgt direkt an der Sitzung

Für die Richtigkeit:

Barbara Werthmüller
Sekretärin